

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	III
Benutzerhinweis	V
Über die Verfasser	VI
Literaturverzeichnis	XIII
Abkürzungsverzeichnis.....	XXI
1. Einführung.....	1
2. Die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen	7
2.1 Verfassungsrechtliche Grundlagen.....	7
2.2 Die unterschiedlichen Regelungen zur Beschränkung der wirtschaftlichen Betätigungen in den Bundesländern	8
2.3 Die Regelung der wirtschaftlichen Betätigung in der GO NRW	11
2.3.1 Der Begriff des wirtschaftlichen Unternehmens in Abgrenzung zur Einrichtung.....	14
2.3.2 Die Zulässigkeitsvoraussetzungen nach § 107 Abs. 1 GO NRW.....	18
2.3.2.1 Das Erfordernis des „öffentlichen Zwecks“ nach § 107 Abs. 1 Nr. 1 GO NRW.....	20
2.3.2.2 Das angemessene Verhältnis zur Leistungsfähigkeit nach § 107 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 GO NRW	21
2.3.2.3 Die Subsidiaritätsklausel nach § 107 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 GO NRW	22
2.3.3 Die energiewirtschaftlichen Betätigungen nach § 107a GO NRW	24
2.3.4 Die nichtwirtschaftlichen Betätigungen nach § 107 Abs. 2 GO NRW ...	27
2.3.5 Wirtschaftliche Betätigungen der Kommunen als Nebentätigkeiten oder Ausschöpfung freier Kapazitäten.....	29

2.3.6	Die wirtschaftliche Betätigung außerhalb des Gemeindegebiets und auf ausländischen Märkten nach § 107 Abs. 3 GO NRW	32
2.3.7	Die nichtwirtschaftliche Betätigung außerhalb des Gemeindegebiets und auf ausländischen Märkten nach § 107 Abs. 4 GO NRW	34
2.3.8	Ergänzende Bestimmungen in § 107 Abs. 5, 6 und 7 GO NRW	35
3.	Die unterschiedlichen Organisationsformen für eine wirtschaftliche Betätigung	37
3.1	Die Organisationsformenwahl	38
3.1.1	Grenzen der Organisationsformenwahl.....	39
3.1.2	Organisationsformen des öffentlichen Rechts.....	43
3.1.2.1	Der Regiebetrieb	43
3.1.2.2	Der Eigenbetrieb	43
3.1.2.3	Die rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts	48
3.1.3	Organisationsformen des privaten Rechts	53
3.1.3.1	Die GmbH	53
3.1.3.2	Die AG	57
3.2	Vergleichende Betrachtung der Organisationsformen für wirtschaftliche Betätigungen.....	60
3.2.1	Die organisatorischen Gestaltungsmöglichkeiten.....	60
3.2.2	Die Einwirkungsmöglichkeiten auf das Unternehmen	62
3.2.3	Das Haftungsrisiko	63
3.2.4	Die Kooperationsmöglichkeiten.....	64
3.2.5	Personalwirtschaftliche Aspekte.....	64
3.2.6	Das Haushalts-, Rechnungs- und Prüfungswesen.....	65
3.2.7	Sonstige Kriterien, insbesondere Steuern.....	66
3.3	Begrifflichkeiten und ihre Abgrenzungen.....	68

4.	Weitere bei der wirtschaftlichen Betätigung zu beachtende Bestimmungen nach dem 11. Teil der GO NRW	71
4.1	Die Arbeitnehmermitbestimmung in fakultativen Aufsichtsräten nach § 108a GO NRW	71
4.2	Die Wirtschaftsgrundsätze nach § 109 GO NRW	73
4.3	Das Verbot des Missbrauchs der wirtschaftlichen Machtstellung nach § 110 GO NRW	74
4.4	Die Anforderungen an die Veräußerung von Unternehmen, Einrichtungen und Beteiligungen nach § 111 GO NRW	74
4.5	Die Informations- und Prüfungsrechte der Gemeinde bei einer Beteiligung an einem Unternehmen oder einer Einrichtung in privater Rechtsform nach § 112 GO NRW	75
4.6	Die Ausgestaltung der Vertretung der Gemeinde in Unternehmen und Einrichtungen nach § 113 GO NRW	76
4.7	Das Erfordernis einer Anzeige an die Aufsichtsbehörde bei wirtschaftlichen Betätigungen und nichtwirtschaftlichen Betätigungen nach § 115 GO NRW	78
5.	Der Rechtsschutz Privater gegen rechtswidrige wirtschaftliche Betätigungen.....	80
5.1	Der Rechtsweg zu den Verwaltungsgerichten	80
5.2	Der Rechtsweg zu den Zivilgerichten	82
5.2.1	Der Unterlassungsanspruch nach § 823 Abs. 2 BGB i.V.m. § 1004 BGB	82
5.2.2	Der Anspruch auf Unterlassung nach § 8 Abs. 3 UWG i.V.m. § 3 (§ 1 a.F.) UWG	83
5.3	Die Grundrechte als anspruchsbegründende Norm.....	83
6.	Die interkommunale Zusammenarbeit nach dem GkG NRW	85

6.1	Die unterschiedlichen Formen kommunaler Gemeinschaftsarbeit nach dem GkG NRW	88
6.1.1	Die Kommunale Arbeitsgemeinschaft (§ 2 f. GkG NRW)	89
6.1.2	Der Zweckverband (§§ 4 ff. GkG NRW)	89
6.1.3	Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung (§§ 23 ff. GkG NRW)	93
6.1.4	Das gemeinsame Kommunalunternehmen (§§ 27 f. GkG NRW)	94
7.	Die Gemeinden als Nachfrager am Markt	95
7.1	Die Fiskalgeltung der Grundrechte	96
7.2	Die Entwicklung des Vergaberechts	96
7.3	Die Zweiteilung des Vergaberechts	98
7.4	Die zurzeit gültigen EU-Schwellenwerte	99
7.5	Die Vergabeverfahren nach dem GWB	99
7.5.1	Offenes Verfahren	100
7.5.2	Nichtoffenes Verfahren	100
7.5.3	Verhandlungsverfahren	100
7.5.4	Wettbewerblicher Dialog	100
7.6	Verfahrensgrundsätze nach dem GWB	101
7.6.1	Auftraggeber	102
7.6.2	Arten öffentlicher Aufträge	102
7.6.3	Der Rechtsschutz der Unternehmen / Bieter im Vergabeverfahren nach dem GWB	102
7.6.4	Besondere Regeln für die Vergabe im Bereich der Sektorentätigkeit ..	104
7.7	Das nationale Vergabeverfahren unterhalb der EU-Schwellenwerte ..	105
7.7.1	Rechtsgrundlagen	105
7.7.2	Allgemeine Vergabeprinzipien	105

7.7.3	Die Adressaten der Vergabegrundsätze nach § 25 GemHVO NRW .	106
7.7.4	Die Vergabeverfahren nach § 25 GemHVO NRW	106
7.7.4.1	Die öffentliche Ausschreibung	106
7.7.4.2	Die beschränkte Ausschreibung	107
7.7.4.3	Die freihändige Vergabe	108
7.7.5	Der Rechtsschutz der Unternehmen / Bieter im unterschwelligen Verfahren.....	109
7.7.6	Aktuelle Problemstellungen im Vergaberecht	112
7.7.6.1	Zur Zulässigkeit von „In-house-Geschäften“	113
7.7.6.2	Zur Rechtmäßigkeit von Vergaben durch kommunale Dienstleistungsgesellschaften in privater Rechtsform.....	114
Anhang	122
1.	Gemeindeordnung NRW (GO NRW) (11. Teil und 12. Teil – §§ 107 bis 118 GO NRW)	123
2.	Gemeindehaushaltsverordnung NRW (Auszüge – § 25 GemHVO).....	147
3.	Kommunale Vergabegrundsätze (RdErl. d. Innenministeriums v. 22.03.2006).....	148
4.	Runderlass zur Regelung des § 107 Abs. 5 GO NRW	154
5.	Haushaltsgrundsätzegesetz (Auszüge – §§ 44, 53, 54 HGGrG)	159
6.	Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GkG NRW).....	161
7.	Kommunalunternehmensverordnung (KUV)	184
Stichwortverzeichnis		199